Stadtvertretung der Landeshauptstadt

Schwerin

Datum: 2015-02-10

Dezernat/ Amt: III / Amt für
Verkehrsmanagement
Bearbeiter/in: Herr Michael Au
Telefon: 545 - 2533

Beschlussvorlage Drucksache Nr.

00210/2015

öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

Dezernentenberatung
Hauptausschuss
Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Verkehr
Ausschuss für Finanzen
Hauptausschuss
Stadtvertretung

Betreff

Abweichungssatzung Möwenburgstraße

Beschlussvorschlag

Die Stadtvertretung beschließt gemäß § 5 Kommunalverfassung M-V und §§ 1, 2 und 8 Kommunalabgabengesetz M-V die Satzung über die Abweichung von § 8 der Ausbaubeitragssatzung im Rahmen der Beitragserhebung Möwenburgstraße (Abweichungssatzung Möwenburgstraße) in Form der beigefügten Anlage 1.

Begründung

1. Sachverhalt / Problem

Die Möwenburgstraße wurde in den Jahren 2009/2010 grundhaft ausgebaut. Der umfassende und maßnahmebedingte Grunderwerb für die Anlage Möwenburgstraße wurde bis auf eine Gehwegfläche vollständig umgesetzt.

Im Jahr 2009 erfolgte zur Mitfinanzierung der Maßnahme die Erhebung von Vorausleistungen gemäß § 7 Kommunalabgabengesetz (KAG M-V), § 10 Ausbaubeitragssatzung der Landeshauptstadt Schwerin (ABS).

Nach der Vorschrift des § 7 Abs. 4 KAG M-V kann die Vorausleistung allerdings zurückverlangt werden, wenn die Beitragspflicht sechs Jahre nach Erlass des Vorausleistungsbescheides noch nicht entstanden ist; der Rückzahlungsanspruch wäre ab Zahlung der Vorausleistung mit jährlich 6 v. H. zu verzinsen. Im Falle der o. g. Straßenbaumaßnahme endet diese Frist am 31. Dezember 2015.

Für den Erlass von Endabrechnungsbescheiden fehlt es jedoch weiterhin an der Entstehung der sachlichen Beitragspflicht, da die Stadt bisher nicht Eigentümerin des Flurstücks 33/21, Flur 19, Gemarkung Schwerin, zur Größe von 41 qm geworden ist.

Da der Grunderwerb für die endgültige Herstellung einer Anlage keine gesetzliche Voraussetzung nach KAG M-V ist, sondern eine zusätzliche Regelung in § 8 ABS, kann hierauf im Einzelfall auch verzichtet werden: Eine Abweichungssatzung regelt dementsprechend, dass abweichend von den Bestimmungen des § 8 ABS eine Anlage trotz des fehlenden vollständigen Grunderwerbs als endgültig hergestellt gilt.

Zur Abwendung möglicher Rückforderungen von Vorausleistungen zuzüglich Zinsen soll daher durch die Stadtvertretung der Beschluss über den Erlass einer Abweichungssatzung für die Beitragserhebung Möwenburgstraße gefasst werden.

2. Notwendigkeit

Sofern kein Beschluss über eine Abweichungssatzung gefasst wird, können die Grundstückseigentümerinnen und Grundstückseigentümer ab 01.01.2016 die von ihnen gezahlten Vorausleistungen (gesamt: rund 665 T€) zuzüglich Zinsen in Höhe von 6 v. H. auf Grundlage des § 7 Abs. 4 Satz 4 Kommunalabgabengesetz M-V zurückverlangen.

3. Alternativen

keine

4. Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse von Familien

keine

5. Wirtschafts- / Arbeitsmarktrelevanz

keine

6. Darstellung der finanziellen Auswirkungen auf das Jahresergebnis / die Liquidität

Der vorgeschlagene Beschluss ist haushaltsrelevant

ja

nein

Eine mögliche Belastung künftiger Haushaltsjahre durch Pflicht zur Rückzahlung von in Vorjahren vereinnahmten Beitragsvorausleistungen in Höhe von rund 665 T€ zuzüglich Zinsen in Höhe von rund 39,9 T€ jährlich seit 2009 (bei Geltendmachung aller in Frage kommenden Forderungen also insgesamt rund 905 T€) wird abgewendet.

Anlagen:

Anlage 1 Abweichungssatzung Möwenburgstraße mit Lageplan

gez. Angelika Gramkow
Oberbürgermeisterin